

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnoud-Spaltenszette oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. November d. J. die Errichtung eines Honorär-Konsulates in Oeër in Hannover allergnädigst zu genehmigen und den dortigen Kaufmann, Hermann Joseph K l o p p, zum unbefoldeten k. k. Konsul mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Konsulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat den ehemaligen Präparandenlehrer und Direktor der katholischen Muster-Hauptschule und Lehrerbildungsanstalt in Pest, Johann B e n i s c h, zum Direktor der Normal-Hauptschule und Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 9. December.

Die Frage, ob eine Occupation Schleswig-Holsteins oder nur eine Exekution stattfinden soll, ist durch den Beschluß des Bundestags erledigt. Der Bund hat die Exekution beschlossen und sofort den Marschbefehl erlassen. Ob die Exekution eine Anerkennung Christian IX. als deutschen Bundesfürsten in sich schließt, wollen wir hier nicht erörtern; sie schützt die Brüder im Norden vor den Murawiewstadien der Dänen, und das ist schon ein Gewinn.

Entwickeln sich die Dinge günstig, so ist Schleswig-Holstein nicht verloren. Es hängt das weniger von Oesterreich und Preußen ab, als von der Haltung der Dänen. Das Schicksal der Exekution kann nämlich nur ein zweifaches sein. Entweder der König von Dänemark gibt nicht nach, und dann verwandelt sich die Exekution von selbst in eine Occupation. Oder der König von Dänemark gibt nach, das heißt, er hebt die Gesamt-Verfassung auf, und dann geben wir keinen Deut für seinen Thron. Die Herzogthümer sind aber durch den Vertrag von 1852 nur an den König Christian IX. abgetreten worden. Mit der Entthronung des Königs löste das Londoner Protokoll sich von selbst auf.

Das Erwünschteste für den Bundestag wie die günstigste Wendung für die schleswig-holstein'sche Angelegenheit wäre, wenn Dänemark die Exekution als Kriegsfall behandelte. Am unerwünschtesten müßte es dem Bundestag sein, wenn Dänemark durch Nachgiebigkeitsakte die Exekution unmöglich machte. Man könnte dann dem deutschen Volke nicht einmal diese That entgegen halten. Wie lebhaft es aber selbst am Bundestage gefühlt wird, daß Etwas geschehen müsse, geht daraus hervor, daß man sich durch Zurücknahme der Verordnung vom 30. März nicht abhalten ließ, den Exekutionsbeschluß zu fassen.

Die Nachrichten aus Kopenhagen sind bis jetzt sich gegenseitig zu widersprechend, als daß aus denselben bestimmte Schlüsse zu ziehen wären, doch dürfte die Sanktionierung des Wahlgesetzes andeuten, daß der König ganz in den Händen der eiderdänischen Partei ist.

54. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. December.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Minister v. Plener und Oberfinanzrath Dessary.
Vertheilt werden: Ausschussbericht über die Personal-, Luxus- und Klassensteuer, Finanzausschussbericht, Nachtrag zum Unterrichtsbudget.
T a s c h e l beantragt, die letztgenannte Vorlage sofort in Verathung zu nehmen, damit er als General-Berichterstatter in seiner Arbeit nicht aufgehalten werde.

Das Haus erklärt sich einverstanden.

H e r b s t erstattet den Bericht, welcher beantragt, 35.000 fl. für das Museum für Kunst und Industrie (anstatt 42.000 fl.) zu bewilligen, das Mehrerforderniß für Künstlerstipendien mit 15.000 fl. aber wegen der misslichen Finanzlage und die Unterstützung für den Reisenden Miani mit 6000 fl. wegen mangelnder Anhaltspunkte zu verweigern und im Titel „Bedeckung“ die Ueberschüsse einzelner Schulfonds auf 25.827 fl. zu erhöhen.

P r a t o b e v e r a findet es nicht angemessen, über diesen unvorbereitet auf die Tagesordnung gebrachten Gegenstand in Abwesenheit des Ministers, in dessen Ressort derselbe fällt, Beschluß zu fassen.

Der Finanzminister unterstützt den Vorredner mit dem Bemerkten, daß bereits Anstalt getroffen worden, den Staatsminister von der Vorahme dieser Debatte in Kenntniß zu setzen.

Nachdem auch der Berichterstatter sich für die Verschiebung ausgesprochen hat, wird dieselbe beschlossen und

Vizepräsident v. H o p f e n referirt über die Verzehrungssteuer.

Die Generaldebatte eröffnet

F r e i h e r r v. R i e s e - S t a l l b u r g, um abermals den Wunsch auszusprechen, daß bald das Departement für Ackerbau einem Praktiker übergeben werden möge. Redner verbreitet sich dann über Preßhese- und Surrogatkaffeeabfabrikation, Petroleum und Gas, welche er besteuert zu sehen wünscht.

Der Finanzminister entgegnet, daß über die Besteuerung der Preßhese Erhebungen gepflogen seien, aber gezeigt haben, daß eine solche sehr viel Schwierigkeiten machen und nur geringes Erträgniß liefern würde. Die betreffenden Papiere ständen jedem Mitgliede zur Einsichtnahme bereit. Petroleum und Gas zu besteuern, halte die Regierung nicht für gerathen, so lange diese Industrien noch im Stadium der ersten Entwicklung sich befinden.

Hierauf beginnt die Spezialdebatte. I. Branntweinsteuer.

Der Staatsminister erscheint.

D a u b e l wünscht Vorlage der Instruktion für Einhebung der Branntweinsteuer und unterstützt den Antrag auf Bestenerung der Preßhese.

B r o s c h e belegt die Nothwendigkeit der Einführung eines neuen Meßapparates durch ein Beispiel.

S t u m m e r, R i e s e - S t a l l b u r g und S k e n e sprechen über dasselbe Thema. Letzterer gibt der Regierung das Zeugniß, daß sie der Produktion bereitwillig entgegenkomme, und wünscht, daß man dem jetzigen System noch einige Zeit zur Prüfung lassen möge.

Die Einnahme aus der Branntweinsteuer wird mit 22,988 328 fl. genehmigt.

Nach Erledigung einiger die Branntweinsteuer betreffenden Petitionen erfolgt die Genehmigung der Wein- und Moststeuer mit 6,952 794 fl. ohne Debatte.

Eine Petition der Wiener Weinwirthe gegen die Erhöhung der Verzehrungssteuer wird von Kaiser befüwortet.

Die Petition wird dem Finanzministerium behufs Veranastaltung von Erhebungen überwiesen.

Biersteuer wird mit 19,500,000 fl. genehmigt.

D r e h e r spricht für Beseitigung der Hindernisse, welche dem Export des Bieres im Wege stehen, und beantragt das Aussprechen des Wunsches nach zweckmäßiger Regulirung der Steuerrestitution. (Unterstützt.)

Nach einigen Worten S t a m m e r's und des Berichterstatters wird der Antrag angenommen.

Titel 4. „Fleisch- und Schlachtviehsteuer“ wird vom Ausschusse mit 6,536 795 fl. beantragt.

F r e i h e r r v. W a l t e r s t r a c h e n beleuchtet die ministerielle Beantwortung der bezüglich dieser Steuer im vorigen Jahre geäußerten Wünsche in längerer Rede und stellt den Antrag, das Haus wolle wieder-

holt den Wunsch aussprechen, daß die Verzehrungssteuer der Schlachtvieh nicht nach Kopf und Stück, sondern nach dem lebenden Gewichte abzunehmen sei. — Er behält sich vor, falls dieser wiederholte Ausspruch keine günstige Folge haben sollte, in nächster Session einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zu stellen, welcher ein Gesetz in dieser Beziehung auszuarbeiten hätte.

Der Ausschussantrag bezüglich der Ziffer wird angenommen.

Bezüglich des auszusprechenden Wunsches nimmt Baron R i e s e - S t a l l b u r g zu dessen Unterstützung das Wort. Der Berichterstatter meint, daß bei der bereits vorliegenden ablehnenden Erklärung der Regierung ein neuerliches Aussprechen eines Wunsches keinen Erfolg verspreche, weshalb es eventuell zweckmäßiger erscheinen dürfte, daß das Haus die Initiative ergreife. Der Antrag Walterskirchen wird hierauf mit geringer Majorität angenommen.

Titel 5. „Zuckersteuer.“ Der Ausschuss beantragt die Einstellung von 5,005,000 fl.

Finanzminister v. P l e n e r nimmt das Wort, da man von verschiedenen Seiten die Zuckerindustrie durch den auf Farinezucker gelegten Zoll bedroht glaubt. Nachdem Redner das Verhältniß dieser Sorte zum Raffinadzucker beleuchtet und über den anzuwendenden Zollsatz gesprochen hat, betont er, daß die Tarifgesetzgebung sich nicht auf die Bezeichnung raffinirter Zucker beschränken, sondern jede Sorte diesem gleichhalten solle, welche durch irgend ein Verfahren eine dem Raffinadzucker ähnliche Qualität erreicht. Er beabsichtige die Frage, ob der Farinezucker nach Art. 7 oder 9 des Zolltarifes behandelt werden solle, einer Enquete zu unterziehen. Für den Fall, als die erwähnte Sorte gemengt mit raffinirtem Zucker vorkommen sollte, habe er bereits die Veranastaltung getroffen, daß der höhere Zollsatz zur Anwendung komme.

B r o s c h e hält den 10prozentigen Steuerzuschlag nicht für gerechtfertigt, betont die große Wichtigkeit der Rübenzuckerfabrikation für die Agrikultur und exponirt die Gründe, weshalb die Rübenzuckerfabrikation sich in den letzten 3 Jahren minder günstig gestaltet hat. Sie hatte günstige und ungünstige Jahre; was die ersteren betrifft, so lag die Ursache nicht in einer von Seite der Regierung gewährten Unterstützung, sondern nur in dem hohen Stande des Silberagio. Vom national-ökonomischen Standpunkte betrachtet er eine drückende Besteuerung der Zuckerindustrie für höchst schädlich und sucht zu beweisen, daß durch gelindere Besteuerung die Produktion gehoben und die Steuerkraft vermehrt werden müßte.

S t u m m e r spricht vom technischen Standpunkte über den Unterschied der verschiedenen Zuckersorten und ihre Einbeziehung in den Zolltarif. Er bedauert, daß das Finanzministerium in dieser Sache ein wissenschaftliches Institut einvernommen hat (Polytechnik), statt die Beteiligten direkt zu fragen, auch wisse er (Redner) nicht, welche Fragen dem polytechnischen Institute vorgelegt wurden, da die Art der Fragestellung auch den Inhalt der Antwort beeinflusse. Er stelle den Antrag: In der Finanzperiode 1864 hat der außerordentliche Zuschlag von 10 pCt. bei der Rübenverbrauchssteuer wegzufallen und ist solcher daher nur mit 37 $\frac{1}{2}$ kr. pr. 100 Pfund Rüben einzubehalten. Nur durch die willkürliche Herabsetzung des Einfuhrzolles von Zucker sei dieser Antrag nothwendig geworden und er werde ihn in dem Augenblicke zurückziehen, wo der Finanzminister erklärt, daß er, bis von Sachmännern in der Streitfrage über Einrangirung des Farinezuckers abgesehen worden sein wird, die Einreichung von Farinezucker in den höheren Zollsatz anordnen wolle. (Zahlreich unterstützt.)

S k e n e unterstützt den Antrag des Vorredners, namentlich in der Erwartung, dadurch die gewünschte Erklärung des Finanzministers zu provozieren.

Finanzminister v. Plener. Er habe den Entschluß gefaßt, eine vollkommen unparteiische Kommission einzuberufen, und deren Ausspruch werde er als maßgebend betrachten. Was die gegenwärtige Interpretation des Zolltarifes betrifft, so sei dieselbe keineswegs eine willkürliche gewesen; eine Erklärung, daß er in der Richtung der von den Vorrednern geäußerten Wünsche vorgehen wolle, bevor noch die einzuberufende Kommission ihr Verdict abgegeben, könne und werde er nicht abgeben, sondern er werde den Ausspruch der Kommission abwarten.

Der Ausschußantrag wird hierauf mit eminenter Majorität angenommen, wodurch der Antrag Stummer abgelehnt erscheint. — Eine Petition der Llumaczger Zuckerfabrik wird bei diesem Anlasse der Regierung zur Einleitung des Erforderlichen und Mittheilung des Resultates überwiesen.

Titel VI und VII: Verzehrungssteuer von sonstigen Verbrauchsgegenständen und Pachtungen, u. z.
Titel VI mit 2,607.486 fl.
VII " 6,108.238 "
ferner " VIII " 1,190.500 "
(andere Einnahmen) sowie das Erforderniß pr. 2,446.886 "

Ueber den Antrag Riese-Stallburg findet keine Debatte statt und wird derselbe angenommen.

Staatsminister von Schmerling ersucht das Haus, den vorher suspendirten Gegenstand (Nachtragsforderung für Unterricht) auf die nächste Tagesordnung zu setzen, da ihm heute das nöthige Materiale nicht zur Hand sei. (Wird angenommen.)

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Budgetrubrik: „Stempel und Gebühren.“ (Berichterstatter Dr. Van der Straß.)

Es wird beantragt: „Das hohe Haus wolle beschließen: Die durch das Gesetz vom 13. Dezember 1862, Nr. 89 R. G. Bl., zu den Gesetzen vom 9. Februar und 2. August 1850 in Betreff der Stempel- und unmittelbaren Gebühren festgesetzten Aenderungen haben auch für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1864 in Geltung zu bleiben.“ (Wird ohne Debatte angenommen.)

In der Generaldebatte meldet sich Niemand zum Wort, weshalb sogleich zur Spezialdebatte geschritten wird.

I. „Stempel.“ Der Ausschuß beantragt: Die ordentlichen Einnahmen mit . . . 14,256 186 fl. und die außerordentlichen (aus den Ertragssteigerungen in Folge des Gesetzes v. 13. Dez. 1862) mit . . . 8,166.660 " und das Erforderniß mit . . . 383.282 " einzustellen. (Wird ohne Debatte angenommen.)

II. „Taxen und Gebühren.“ Der Ausschuß beantragt: Die ordentlichen Einnahmen der Taxen mit 844.738 fl. die ordentlichen Einnahmen an Gebühren von Rechtsgeschäften mit . 24,740.986 " die außerordentlichen Einnahmen (in Folge des Gesetzes vom 13. Dez. 1862) mit . . . 3,612.096 " und das Erforderniß dieses Gefalles mit 581.071 " einzustellen. (Wird ohne Debatte angenommen.)

Ueber Antrag Steffens wird die Sitzung geschlossen.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 7. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister v. Schmerling, v. Passer, v. Plener, Bischoffszler Freiherr v. Reichenstein, Ministerialrath Sommaruga.

Der Ausschußbericht über den Jahresbericht der reichsräthlichen Staatsschuldenkontrollkommission wird vertheilt.

Der Staatsminister theilt dem Hause die erfolgte Allerhöchste Sanction des Heimatsgesetzes mit.

Die Verhandlung über die Nachtragsforderung für Unterricht wird wieder aufgenommen.

Freiherr v. Pratobevera spricht für die beschiedene Forderung zu Kunstzwecken, insbesondere für die 15.000 fl. zu Bestellungen und Pensionen für Künstler. Er fragt, welche Gründe gegen die Bewilligung sprechen könnten? Mißtrauen bezüglich der Vertheilung? Die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die Vertrauenswürdigkeit des Mannes, in dessen Händen die Entscheidung liegt, leisten doch wohl Bürgschaft gegenüber den natürlichen Bedenken. Zweitens die Finanzlage. Jedermann achte und ehre die eiserne und nüchternen Konsequenz, mit welcher der Finanzausschuß zu ersparen suche, aber so traurig sei die Lage doch nicht, daß nicht auch für die Künstler gethan werden könne, was für verschiedene Berufszweige zum Theil aus der Initiative des Hauses geschehen ist. (Beifall.)

Graf C. Rinsky rügt das Vorgehen der Regierung in dieser Frage, indem die Initiative der

Krone der nachträglichen Rechtfertigung „nicht bedürfe und nicht bedürfen dürfe.“

Dr. Berger. Auch er habe allen Respekt vor der Sparsamkeit des Finanzausschusses, er achte Kohle und Eisen u. s. w., begeistern aber könne er sich für dieselben nicht. Ohne Pflege der Kunst ernüchtere die Welt, ohne Pflege der Kunst möge man auch nicht an die Hebung der Gewerbe denken.

Redner betont den Zusammenhang zwischen Kunst und Luxus, dem Luxus, welchen man ja doch besteuern wolle. Bei einem Budget von 400 Millionen seien 30. bis 40.000 fl. doch in der That ein spärliches Almosen, welches sich am Armeebudget leicht wieder ersparen lasse. (Bravo.)

Schindler. Nicht bloß Ersparungsrückichten, sondern die Ueberzeugung, daß etwas Größeres geschehen müsse, habe den Finanzausschuß geleitet.

Stamm spricht mit Wärme für die Verbindungsbrücke zwischen Kunst und Handwerk, für das Museum für Kunstindustrie. Er habe im Ausschuß für die Bewilligung des ganzen Betrages von 42.000 Gulden gestimmt; wenn er den Antrag hier nicht aufnehme, so sei dieß, weil er auf die thätige Theiligung der Stadt Wien und des niederösterreichischen Landtags hoffe.

Skene. Man müsse sporen, denn nur ein reiches Volk könne für die Kunst etwas thun.

Nachdem der Berichterstatter den Standpunkt des Ausschusses verteidigt hat, spricht der Staatsminister: Die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit des Museums ist von keiner Seite angefochten worden. Die Natur dieses Instituts lasse eine ziffermäßige Vertheilung auf die einzelnen Monate nicht wohl zu, sondern erheische eine Totaldotation. Bezüglich der Summe für Anläufe und Bestellungen von Kunstwerken möge man sich erinnern, daß seit 1859 — in dieser Richtung gar nichts geschehen sei, folglich jetzt ein größerer Betrag aufgewandt werden müsse. Die Bedenken des Berichterstatters, daß diese Dotation zu einer Centralisation der Kunstwerke dienen solle, würden durch die Verhandlungen der betreffenden Kommission widerlegt.

Auf die Wünsche wegen eines Parlamentshauses könne die beruhigende Versicherung gegeben werden, daß die Vorarbeiten es wahrscheinlich machen, daß schon in der nächsten Session dem Hause eine Vorlage gemacht werden könne. (Bravo.) Für die Mianische Angelegenheit habe die Sektion der Akademie der Wissenschaften sich ausgesprochen, gegen dieselbe das Plenum, weil Miani nicht die genügenden wissenschaftlichen Garantien biete. Diesem Mangel sei durch die Beordnung zweier ausgezeichneten Offiziere abgeholfen. Uebrigens sollten die 6000 fl. nur gezahlt werden, wenn das Unternehmen wirklich zustandkäme.

Der Berichterstatter repliziert, daß die Kosten für das Museum nicht dem Reiche aufgebürdet werden könnten. Gegen Miani habe sich die geographische Gesellschaft ausgesprochen.

Bei der Abstimmung werden 35.000 fl. für das Museum (nach dem Ausschußantrage), 15.000 fl. für Kunststipendien (nach dem Regierungsantrage) bewilligt, die verlangten 6000 fl. für die Mianische Expedition verweigert; die Erhöhung der Bedeckung auf 25.827 fl. wird angenommen.

Schnitzer verliest den Bericht über das Erforderniß der ungarischen Hofkanzlei.

Varitini beantragt die Genehmigung der Positionen ohne Debatte summarisch. (Nicht unterstützt.)

Der Schlußantrag des Ausschusses 13,562,705 fl. für die 14monatliche Periode und 29,347 fl. als Nachtragsforderung zu bewilligen, wird ohne Debatte angenommen. (Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Se. Maj. der Kaiser haben dem Wiener Wohlthätigkeitsvereine für die Weihnachtstheilung den Betrag von 200 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin haben den Verein zur Restaurirung der Dekanalkirche zu Eger mit einem Beitrag von 200 fl. allergnädigst zu unterstützen geruht.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben zur Gründung eines Institutes für Erziehung und Krankenpflege zu Hermannstadt in Siebenbürgen 1000 fl. allergnädigst beizutragen geruht.

Se. kaisert. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben dem katholischen Gesellenvereine einen Unterstützungsbeitrag von 100 Gulden gnädigst bewilligt.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben dem Wiener Wohlthätigkeitsvereine für Hausarme den Betrag von 400 Gulden für den Monat December gnädigst gewidmet.

Wien. Die Wirkung der im October d. J. erfolgten bedeutenden Herabsetzung der Telegraphengebühren hat alle Erwartungen übertroffen, indem

schon im Monate October die Zahl der beförderten Privat-Telegramme sich um 50 pCt. vermehrte und im November sowohl gegenüber den letzten Monaten vor der Herabsetzung als auch gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres mehr als verdoppelte.

In der Hauptstation Wien war die Zahl der täglich aufgegebenen Privatdepeschen in den Monaten Juli bis September im Mittel 270 bis 300. Sie betrug im October 400 und überstieg im November die Zahl 600. — Die einlangenden Berichte scheinen darauf hinzudeuten, daß eine gleiche Vermehrung auch auf den anderen Stationen stattfand.

Dieser massenhafte Andrang bringt momentan einige Verzögerung in der Beförderung mit sich, welche bei Eintritt der ersten Schneefälle, wobei stets einzelne Linien gestört werden, noch auffallender zu Tage treten dürfte.

Von Seite der Telegraphen-Direction werden daher gegenwärtig alle diejenigen Maßregeln ergriffen, welche in dieser für den Telegraphenbau so ungünstigen Jahreszeit wenigstens provisorisch den Anforderungen an dieses Institut Genüge zu leisten im Stande sind. Zur Feststellung von durchgreifenden Anordnungen sind die sämtlichen Telegraphen-Inspektoren der Monarchie zu einer Konferenz einberufen.

Triest, 9. December. Mit Zuschrift der k. k. Statthalterei ist die k. k. Polizeidirection in Triest aufgefördert worden, den hiesigen Turnvereinen und Gesangsvereinen mitzutheilen, sich jeder Agitation zu Gunsten Schleswig-Holsteins zu enthalten.

Brünn, 7. December. Der Gemeindevandenschuß hat in heutiger Abendsitzung seine Sympathien für den Bruderstamm in Schleswig-Holstein ausgesprochen und beschlossen, eine Adresse an den Kaiser wegen Wahrung von Deutschlands Interesse und Ehre zu richten. (Nach der Antwort, welche die Deputation des Wiener Gemeinderathes erhalten, dürfte dieß nun unterbleiben.)

Reichenberg, 7. December. Die Handelskammer hat heute beschlossen, sich für eine Weltausstellung 1866 auszusprechen, und dem Ministerium dankend für dessen Fürsorge die Versicherung zu geben, daß man eine lebendige Theilnahme an der Durchführung des Unternehmens erstreben wolle.

Lemberg, 6. Dec. (Nachts.) Die „Gazeta Narodowa“ berichtet: Der polnische Oberst Madar wurde vom polnischen Kriegsgerichte wegen seiner Flucht nach Galizien mit Verlassung seines Korps, und Major Sienkewicz offic Gerlicz wegen Meuterei zum Tode verurtheilt und Lepterm die Appellation freigestellt. — Maurecki übernahm das Kommando des Ruckischen Korps, löste aber dasselbe wegen unkriegserischen Gesinns auf; Junosza übernahm den Oberbefehl über die Korps Zarembo und Wroblewski. — Krzinski, der nach dem Kampfe bei Chelm am 21. sein Korps in kleine Schaaren getheilt hatte, und Rodlowski, der in demselben Kampfe beträchtliche Verluste erlitt, organisirten ihre Korps bald wieder. — Bei Branka im Plockischen sollen am 28. zwei russische Kompagnien in einen Hinterhalt gefallen und geschlagen worden sein. Dagegen überfielen 100 Kosaken am 28. Nachts 30 polnische Reiter unter Lutyński bei Grojec im Gouvernement Lublin, hieben einige nieder und zogen sich beim Herausrücken von polnischer Infanterie zurück.

Ausland.

Aus Neapel, 24. November, wird geschrieben: Ein Orkan, furchtbarer als je einer über Messina hereingebrochen, verwüstete die Grundstücke und zerstörte Klöster, Häuser und Hütten in den benachbarten Dorfschaften. Hätte das Schreckensereigniß nicht bei Tag stattgefunden, dann wäre wohl auch heute der Tod von Tausenden zu beklagen. Zwar zählt man bereits der Todten genug, doch läßt sich die Zahl derselben nicht bestimmen, da die meisten Opfer unter dem Schutte begraben liegen oder von den reisenden Bergströmen in's Meer geschleppt wurden. Viele Familien sind durch die gänzliche Zerstörung der Grundstücke verarmt und haben obdachlos, wie sie waren, in den benachbarten Klöstern Aufnahme gefunden. Der Wolkenbruch hat am 16. November stattgefunden.

Aus Corfu kommen sehr ernste Nachrichten. Die Kunde, daß die Festungen geschleift und nicht Griechenland einverleibt werden sollen, wirkte wie ein Funke auf ein Pulverfaß. Der Präsident des Parlaments der ionischen Inseln hat die Mitglieder desselben zu einer Versammlung nach Corfu berufen. Nun ist aber das Parlament prorogirt, und es heißt, die Regierung werde den Sitzungsaal geschlossen halten. Die Exaltados meinen, sie würden unter freiem Himmel sich versammeln. Die Aufregung ist so groß, daß man die Verkündigung des Belagerungszustandes in Corfu besorgt. Man ruft: Verrath! und beschuldigt den jungen König von Griechenland, daß er mit England einverstanden gewesen sei, um die Griechen zu mystifiziren. Wir wollen keine Annexion ohne die Festungen, heißt es. Ist dieß nun der Punkt, auf

den es England ankommen lassen wollte? Wie aber dann? Werden die Festungen geschleift oder bleiben sie in Englands Händen, so ist es mit den Sympathien für den jungen König aus. Die englische Regierung soll griechischen Briefen aus London zufolge sehr eifrig bemüht sein, einen Ausweg aus dieser Verlegenheit zu finden. Einstweilen benützt Frankreich diese falsche Stellung, in welche England gerathen ist, um gegen den britischen Einfluß zu agitiren, so weit die griechische Zunge reicht.

Aus Vera-Cruz wird geschrieben: „So viel man aus einem großen Transporte Verwundeter, welche nur Nachts hier ankommen, entnehmen kann, muß ein bedeutendes Gefecht am 25. October oder früher stattgefunden haben, obwohl von französischer Seite behauptet wird, es sei nur ein kleines Vorpöstengefecht zwischen französischen Truppen und Guerrillas gewesen. Von patriotischer Seite hingegen wird behauptet, es wäre eine ganze Expeditions-Colonne, welche die Bestimmung hatte, Jalapa zu überfallen und zu nehmen, plötzlich ihrerseits von reitenden Guerrillas überfallen und bis zur gänzlichen Vernichtung geschlagen worden.“ Die französischen Transporte werden immer öfter und kühner angefallen, und in den meisten Fällen genommen; über Vera-Cruz darf es kein Soldat wagen, hinaus zu gehen, und selbst ganze Trupps von 10—15 Mann werden angegriffen und gefangen; auch in der Außenstadt dürfen sie nicht allein gehen, sonst „verschwinden“ sie. Erst am 25. d. M. sind wieder eine Menge französische Officiere, welche sich in einigen verrufenen Häusern aufhielten, nachdem sie dieselben verlassen, spurlos verschwunden. Natürlich sind die Herren Eroberer wüthend und nennen uns eine „rebellische Canaille“, die der Civilisation gar nicht würdig ist.“

Die Franzosen und Nordamerikaner können sich nächstens am Rio del Norte gegenüber stehen. Der unionistische General Banks hat die an jenem Grenzflusse gelegene texanische Stadt Brownsville okkupirt. Nach Banks' Ankunft setzte der mexikanische General Eubors von Brownsville nach dem mexikanischen Matamoras über und versuchte dort, einen Aufstand im französischen Interesse zu organisiren, wurde aber von General Cortians auf's Haupt geschlagen, welcher jetzt Matamoras mit Juarez'schen Truppen besetzt hält. Cortians hat dem General Banks, welcher zum Schutze des amerikanischen Konsuls Truppen nach Matamoras senden wollte, vier Dampfer zur Verfügung gestellt. Die „Morning Post“ vermulhet bereits, daß die ganze Expedition Banks' nach Texas nur den Zweck habe, Juarez Hilfe zu bringen.

Tagesbericht.

Laibach, 10. December.

Morgen Abend findet im Redouten-Saale das Concert des Fr. Overni und des Herrn Heller aus Triest statt. Fräulein Overni wird einige Arien aus italienischen Opern und deutsche Lieder vortragen; und da Herr Heller ein ausgezeichnete Virtuose auf der Geige ist, so versprechen wir uns einen angenehmen, genussvollen Abend.

Die Polizeimaßregeln bezüglich des Freierumlaufens der Hunde sind verschärft worden, und wird jeder frei herumlaufende Hund, auch wenn er eine Marke hat, verlligt.

Morgen Abend findet die 30. Versammlung der juristischen Gesellschaft statt.

Angesichts der günstigen Erfolge, welche die Verwendung von Frauen im Eisenbahndienste auf französischen und deutschen Bahnen gehabt hat, sollen nunmehr auch auf den venetianischen und Südtiroler Linien der Südbahngesellschaft die Frauen und Löhner der Eisenbahnbediensteten zum Telegraphen-, Gepäck- und Biletendienst zugelassen werden. Die Betriebsdirektion in Verona hat hiezu eine eigene Auforderung an sämtliche unterstehende Beamte erlassen.

Wien, 8. December.

Der Staatsminister Ritter v. Schmerling ist seit gestern unpäßlich, und gezwungen, das Bett zu hüten. Er mußte bereits gestern das Abgeordnetenhaus verlassen und konnte heute bei der Ministerkonferenz, die unter dem Präsidium Sr. Majestät stattfand, nicht anwesend sein.

In den letzten Tagen dieses Monats findet das Jubiläum des 100jährigen Bestandes der Arcieren-Leibgarde statt, welche vor hundert Jahren vom deutschen Reiche zur lebenslänglichen Versorgung verdienter Veteranen-Offiziere und als Leibwache des deutschen Kaisers gegründet wurde.

Bei der am 5. d. M. stattgehabten Verlosung der Lotterie zum Besten der weiblichen Arbeitsschule des Josefstädter Frauenvereins entfielen auf folgende Nummern die größeren Treffer: Nr. 14.674, 15.857, 11.225, 6859, 13.072, 16.282, 7177, 5931, 15.329, 17.575, 18.488, 9235, 9423, 14.207, 12.734,

2448, 10.425, 13.006, 7571, 8942, 10.422, 17.186, 14.293, 18.601, 17.728, 17.902, 18.093, 9543, 7605, 14.759, 435, 17.206, 10.841, 9075, 1341, 10.270, 22, 12.093, 16.882, 3237, 4941, 6850, 6334, 13.842, 13.251, 7874, 11.394, 9471, 6471, 11.846, 3435, 19.174, 1694, 15.023, 17.966, 15.252, 4392, 15.564, 16.109.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Telegramm der „Laibacher Zeitung.“

Wien, 10. December. Die Regierung soll anlässlich der Exekution in Schleswig-Holstein einen Kredit von 15 Millionen fordern. Die Session des Reichsraths wird verlängert. In Berlin forderte Bodelschwingh aus demselben Grunde 12 Millionen. In London besteht eine Ministerkrise. Der eventuelle Beitritt Englands zum Kongress ist der Anlaß. Dänemark räumt die Herzogthümer nicht feindlich.

Krakau, 8. December. Die neuesten Nachrichten des „Gaz“ bestätigen den Sieg der polnischen Truppen unter General Bofal bei Ocioski im Sandomirskischen über 8—10 Rotten Russen. Der Erfolg bei Radkow und Nowostolki ist nicht genau bekannt. Der Kampf bei Dobejka und Uszpole im Wilkomirskischen endigte mit der Niederlage der Russen.

Frankfurt, 8. December. Die Nachricht ist bereits officiell von den betreffenden Regierungen eingelaufen, daß die Bundescontingente auf dem Marsche sind. Die angeordnete Reserve besteht aus zwei Corps. Das eine, zu gleichen Theilen aus Oesterreichern und Preußen bestehend, zählt 10.000 Mann und ein kais. österreichischer General commandirt; das zweite besteht zu drei Fünftel aus Preußen und zwei Fünftel aus Oesterreichern, und ein kön. preußischer General commandirt. Sollten die Reserven zur Action herangezogen werden müssen, wird ein Bundesfeldherr ernannt, wozu von Oesterreich ein preußischer Prinz in Vorschlag gebracht ist.

Frankfurt, 8. December. Die heutige „Süddeutsche Zeitung“ bringt den Text der österreichisch-preußischen identischen Note an die Regierungen des Bundes. Dieselbe bekämpft eine Okkupation auf Grund der streitigen Successionsfrage und sagt: Das Verhalten der beiden deutschen Großmächte zu den eine Okkupation fordernden Anträgen sei gleichmäßig durch das Interesse Deutschlands und ihre europäische Stellung bedingt. Sie können nicht unter dem Namen irgendwelcher Okkupation oder Intervention mit den Waffen in der Hand gegen den londoner Protokollvertrag auftreten, so lange sie dessen Gültigkeit anerkennen.

Ueber die Bedingungen, an welche sich die Anerkennung knüpft, haben sie sich in ihrem Botum bei der letzten Bundestagsitzung ausgesprochen. Sie müssen demnach die ernstesten Bedenken dagegen geltend machen, daß Deutschland und sie selbst ohne drängende Nothwendigkeit der Eventualität eines Krieges ausgesetzt werden, dessen Dimension unberechenbar wäre, dessen Folgen und Gefahren aber vorzugsweise auf die beiden deutschen Großmächte zurückfallen würden. Es folgt sodann ein Appell an das Vertrauen der Bundesgenossen, unter Hinweis auf die Gefahren für den Bund: Es könne dem Ansehen desselben nicht förderlich sein, wenn die beiden Großmächte in einer Frage, in welcher sie einig und bekanntlich durch europäische Verträge gebunden sind, überstimmt werden. Noch bedenklicher aber wäre es, wenn der Bund den Eindruck machte, für Europa statt Bürgschaften des Friedens und der Ordnung, welche man von ihm erwartet, Gefahren und Elemente der Uneinigkeit zu schaffen.

Es folgt sodann der Nachweis, daß die Successionsfrage ja vorbehalten werden könne, und wird zum Schlusse die Hoffnung ausgedrückt, daß die respectiven Regierungen den obigen Erwägungen sich nicht verschließen und die volle Verantwortlichkeit für die ernstesten und unabweislichen Folgen eines weiter getriebenen Dissenses in der Bundesversammlung sich vergegenwärtigen werden.

Dresden, 7. December. Das heutige „Dresd. Journal“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Frankfurt: Weimar und Weimingen brachten bei der Bundesversammlung den Antrag ein, für das Herzogthum Lauenburg weder den dänischen König, noch den Herzog von Augustenburg anzuerkennen, vielmehr dasselbe in Bundesverwaltung zu nehmen, eventuell eine Austrägalentscheidung herbeizuführen. Der Antrag geht an den Ausschuß.

Berlin, 8. December. Die heutige „Kreuzzeitung“ meldet: Das preußische Reservecorps zur Bundesexekution, 25.000 Mann stark, soll am 9. marschbereit sein und mit den österreichischen Truppen, 15.000 Mann stark, um Hamburg kantonirt werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet:

Das Herrenhaus wird einen dringlichen Antrag von Arnim-Boitzenburg's, betreffend Schleswig-Holstein, Donnerstags entgegenzunehmen und spätestens Montags in pleno beraten.

Hamburg, 8. December. König Christian soll nunmehr auch das Wahlgesetz zur Verfassung vom 18. November sanctionirt haben. Dem „Dagbladet“ zufolge ist Herr v. Moltke's Forderung, die Verfassung für provisorisch zu erklären, vom Könige verworfen worden.

Hamburg, 8. December. Lauenburgs Ritter- und Standschaft hat sich in letzter Sitzung für die Verbindung mit Dänemark und für die Anerkennung Christian IX. als rechtmäßigen Successor ausgesprochen.

Bremen, 8. December. Die letzten Stürme haben sehr viele Schiffsverluste verursacht, und viele Menschenleben sind zu beklagen. Klagen längs der ganzen Küste.

Bern, 7. December. Die schweizerische Bundesversammlung ist eröffnet worden. Im Nationalrath spricht der Alterspräsident Stöckmar sich dahin aus, daß partielle Modifikationen der Bundesversammlung wünschenswerth seien. Im Ständerath hofft Präsident Häberlin, daß die Pacification Europa's, welche der großartigen Idee eines Friedenskongresses zu Grunde liege, erreicht werden möge, indem die bei der Einladung und Beantwortung ausgesprochenen Gesinnungen die allseitige Bethätigung finden.

Paris, 8. December. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht die Antwort Rußlands, Sachsens und Württembergs auf die Einladung zum Kongresse. Rußland erklärt, Napoleon habe den Gedanken des Kaisers Alexander ausgedrückt, indem er einen Kongress vorschlug; allein der Verwirklichung desselben müsse die Zustimmung der anderen Mächte vorausgehen. Um zu einem Resultate zu gelangen, sei es unerlässlich, daß Kaiser Napoleon die zu verhandelnden Fragen mit ihrer Grundlage andeute.

Paris, 8. December. (Abends.) Der Abreßentwurf des Senates zollt dem Kongressprojekt seinen Beifall und sagt: England habe den Kongress abgelehnt; die anderen Mächte aber können nur dahin gelangen, eine Situation zu gründen, welche keine drohende mehr ist. Die Völker werden dabei gewinnen. „Was immer auch sich ereignen möge, das Land wird Ew. Majestät nicht verlegen. Als Ew. Majestät die Verantwortlichkeiten mitgetheilt und nachdem Sie die Mahnung (avertissement) der Klugheit vernehmen ließen, sagten Ew. Majestät zu Europa: Ich spreche im Namen Frankreichs.“

New-York, 28. November. Bragg zieht sich in vollständiger Verwirrung gegen Dalton zurück, die Armee ist demoralisirt und wird von den Unionstruppen verfolgt. Meade überschritt den Rapidan widerstandslos. Man glaubt, gestern sei eine Schlacht geliefert worden.

Markt- und Geschäftsberichte.

Laibach, 9. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 7 Wagen mit Getreide, 2 Wagen mit Heu und Stroh, 90 Wagen und 2 Schiffe mit Holz, 60 Mezen Erdäpfel zu fl. 1.50, und 130 Mastschweine à fl. 16.50 per Zentner.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 5.40 (Magazin-Preis fl. 5.57); Korn fl. 3.13 (Mg. Pr. fl. 3.30); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 2.96); Hafer fl. 2.1 (Mg. Pr. fl. 2.30); Halbfrucht fl. — (Mg. Pr. fl. 3.87); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.65); Hirse fl. 2.92 (Mg. Pr. fl. 2.80); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.70); Erdäpfel fl. 1.50 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fisolten fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 49, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 27, detto geräuchert kr. 39; Butter kr. 47; Eier pr. Stück kr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 22; Schweinefleisch kr. 23, Schöpfenfleisch kr. 13; Hähnchen pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30, pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 12, detto weißer fl. 10 bis 14.

Neustadt, 7. December.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 4.66; Korn fl. 2.66; Gerste fl. 2.52; Hafer fl. 1.50; Halbfrucht fl. 3.—; Heiden fl. 2.20; Hirse fl. 2.60; Kukuruz fl. 2.66; Erdäpfel fl. 2.—; Linsen fl. 2.66; Erbsen fl. 2.70; Fisolten fl. 2.80; Rindschmalz pr. Pfund kr. 50, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 35, detto geräuchert kr. 40; Butter kr. 40; Eier pr. Stück kr. 1¼; Milch pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 20, Kalbfleisch kr. 25, Schweinefleisch kr. 20, Schöpfenfleisch kr. 15; Hähnchen pr. Stück kr. 30, Tauben kr. 20; Heu pr. Ztr. fl. 3.80, Stroh fl. 1.40; Holz, hartes, pr. Klafter fl. 7.—, detto weiches fl. 4.50; Wein, rother, pr. Eimer fl. 5, detto weißer fl. 5

Effekten und Wechsel-Kurse.
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 9. December 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 74 3/4	Silber 113 75
5% Nat. - Anl. 81 10	London 119 25
Banquettien 790.-	R. f. Dufaten 5 70
Kreditaktien 186 30	
1860er Lose 93 70	

Fremden-Anzeige.

Den 7. December 1863.

Hr. Simon, Hopfenhändler, von Sangerberg.
— Die Herren: Fronner, Eisenbahnausbüßs-Beamte, und — Sattler, akademischer Künstler, von Wien.
— Hr. Barasch, von Triest. — Hr. Kong, von Italien. — Hr. Hauf, Postmeistergattin, von Gottscheer.
Den 8. Hr. Panajoti, Grundbesitzer, von Triest.
— Hr. Jelloufchel, Eisenbahnbeamter, von Görz. — Die Herren: Oruber, Kaufmann, — Medner, und — Herfeld, Agenten, von Wien. — Hr. Rom, Verwalter, von Rann. — Hr. Pottelani, von Natland. — Hr. Endersmann, von Brünn. — Hr. Strfoll, von Steinbrück.

3. 555. a (1) Nr. 8051.

Hundmachung.

Gestern hat abermals ein der Wuth verdächtiger Hund hier und in der nächsten Umgebung mehrere freierumlaufende Hunde gebissen, ein Beweis, daß den nur im Interesse der persönlichen Sicherheit erlassenen hieramtlichen Verfügungen vom 27. v. M., Z. 7765, nicht gehörig nachgekommen wird.

Zur Vermeidung von Unglücksfällen fühlt man sich daher zu der Verfügung verpflichtet, daß von heute an jeder auch mit einer Marke versehene, freierumlaufende Hund nicht nur unnachsichtlich vertilgt, sondern auch gegen den Eigenthümer desselben mit einer Strafe vorgegangen werden wird; ferner wird das Mitnehmen der Hunde in Kaffee- und Wirthshäuser und Schänken untersagt.

Die Eigenthümer von Hunden werden neuerdings aufgefordert, diese genau zu beobachten, und wahrgenommene Krankheitsanzeichen unverzüglich zur hieramtlichen Kenntniß zu bringen bei Vermeidung der Folgen des §. 387 des St. G.

Dieser lautet: „Wer einen Hund oder sonst ein Thier, an welchem Kennzeichen der wirklichen Wuth, oder auch nur solche wahrzunehmen sind, die vermuthen lassen, daß die Wuth erfolgen kann, anzuzeigen unterläßt, ist einer Uebertretung schuldig und zu Arrest, bei wirklich erfolgtem Ausbruche und Beschädigung von Menschen und Thieren aber zum strengen Arrest von 3 Tagen bis zu 3 Monaten zu verurtheilen. Ist aber hieraus der Tod oder die schwere körperliche Beschädigung eines Menschen erfolgt, so ist die Unterlassung der Anzeige nach §. 335 im letztern Falle als eine Uebertretung mit Arrest bis zu 6 Monaten, bei daraus erfolgtem Tode eines Menschen aber als Vergehen mit strengem Arrest von 6 Monaten bis zu einem Jahre zu ahnden.“

K. k. Polizei-Direction Laibach
am 9. December 1863.

3. 554 a (1) Nr. 474.

Am hiesigen k. k. Gymnasium wird auch neuer ein Cyclus von unentgeltlichen Vorträgen über **Stenographie** gehalten werden, wozu die gefertigte Direction alle Freunde der genannten Kunst mit dem Bemerkten einladet, daß diese Vorträge an jedem **Sonntage** von 9^{1/4} — 10^{1/4} Uhr, und an jedem **Donnerstage** von 9 — 10 Uhr im Lehrzimmer der VIII. Gymnasialklasse statt finden und am **nächsten Sonntage den 13. December** um 9^{1/4} Uhr Vormittags beginnen werden.

K. k. Gymnasialdirektion.

Laibach am 9. December 1863.

3. 535. a (3) Nr. 7127.

Einladung.

Der Wechsel des Jahres nahet heran und mit demselben erneuert sich die löbliche Gewohnheit, zum Besten des Armenfondes sich mittelst Behebung der Enthebungskarten von den Neujahrs-, Geburts- und Namenstags-Wünsche zu befreien.

Wenn auch dankbar anerkannt werden muß, daß viele Bewohner dieser Stadt durch freiwillige Beiträge die Armen-Institutskommission in die erfreuliche Lage versetzt haben, in die Vertheilung mit täglichen Armenportionen circa Hundert neue Arme aufzunehmen, so kann doch auf diese Ertragsquelle nicht verzichtet werden, weil die Armuth im Zunehmen ist und die Tagesportionen mit 13, 10 und 7 Neukreuzer für außerordentliche Fälle nicht ausreichen, überdies aber ein großer Theil der verehrlichen Bewohner an den freiwilligen Beiträgen mittelst der Lösung von Hausbettel-Enthebungskarten sich zu betheiligen noch nicht bereitwillig gewesen ist.

Der Herr Handelsmann Eduard Karinger wird auch für diesmal die Güte haben, diese Enthebungskarten gegen den bisher üblichen Ertrag, und zwar 35 Neukreuzer für die Neujahrs- und 35 Neukreuzer für die Namens- und Geburtsstags-Enthebungskarten zu verabsolgen, wobei der besonderen Wohlthätigkeit die selbstständige Bestimmung des Betrages überlassen bleibt.

Von der Armeninstitutskommission.

Laibach am 20. November 1863.

3. 2412. (3) Nr. 5548.

Edikt.

Mit Bezug auf das diebämliche Edikt vom 28. August l. J., Nr. 4201, wird bekannt gegeben, daß am 19. December l. J. zur III. und letzten Teilbietung der dem Fräulein Louise Tomshitz gehörigen, in Wesulal gelegenen Realität Urb.-Nr. 455 ad Thurnloch in der Executionsführung der Laibacher Sparkassa geschritten wird.

K. k. Bezirksamt Planina, als Gericht, am 22. November 1863.

3. 2503. (1)

Postexpeditors - Stelle

zu besetzen.

Bei einer Poststation im Küstenlande findet ein geprüfter Postexpeditor sogleiche Aufnahme. Anträge sind an das k. k. Postamt Lippa zu richten.

Vincenz Dolschein.

3. 2205. (4)

Des Königl. Preuss. Kreis-Physikus **Dr. Koch's**

Krystallisirte Kräuter-Bonbons

werden unverändert in verschlossenen Original-Schachteln zu 35 und 70 Uhr. verkauft.

Diese aus den vorzüglichsten geeigneten Kräuter- und Pflanzen-Säften mit einem Theile des reinsten Zuckerkristalls zur Konsistenz gebrachten **Dr. Koch'schen Kräuter-Bonbons** bewahren sich — wie durch die anerkanntesten Begutachtungen festgestellt — als lindernd und reizend bei Husten, Heiserkeit, Raueheit im Halse, Verschleimung etc. und sind durch die in ihnen enthaltene Quintessenz von Kräuteressenz und süßen Stoffen von erspriesslicher Wirkung auf Erhaltung der Reinheit, Frische und Geschmeidigkeit des Sprachorgans. Sie wirken in allen Fällen besänftigend und lösend auf gereizten Schleimhäute und ihre Verästlungen, erleichtern den Auswurf und kräftigen durch ihre mildnährenden und stärkenden Ingredienzien die affizirten Bronchien. **Dr. Koch's** Kräuter-Bonbons unterscheiden sich nicht nur durch diese ihre wahrhaften Eigenschaften sehr vorthelhaft von den häufig angepriesenen sogenannten Brusttheezellen, Brustsyrap, pecto rale etc. sondern sie zeichnen sich vor diesen Erzeugnissen noch besonders dadurch aus, daß sie von den Verdauungsorganen leicht ertragen werden, und selbst bei längerem Gebrauche keinerlei Magenbeschwerden, weder Säure noch Verschleimung erzeugen oder hinterlassen.

Um Irrungen vorzubeugen, ist jedoch genau zu beachten, daß **Dr. Koch's** krystallisirte Kräuter-Bonbons nur in längliche mit nebenstehendem Stempel versehene Original-Schachteln verpackt sind und daß dieselben in Laibach einzig und allein stets acht verkauft werden bei

Johann Kraschowitz und **Hoinig & Boschitsch**, so wie auch in Gili: **Karl Krisper**, (Griesach); **Johann W. Eichler**, (Illyr. Feistritz); **Jos. Litschan**, (Klagenfurt); **Apoth. Alois Maurer** und **Johann Suppan**, (Neustadt); **Apoth. Dom. Rizzoli**, (Cortina); **B. Max Wallar**, (Villach); **Math. Fürst**, und in Wipbach: bei **J. N. Dolenz**.

3. 2481.

Unüchligstes Festgeschenk!

Im Verlage von **Aug. Hesse's** Buchhandlung in Graz erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben,

in Laibach bei **Georg Lercher:**

Die Süddeutsche Küche auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte mit Berücksichtigung des Thee's, für Anfängerinnen, so wie für praktische Köchinnen, zusammengestellt von **Katharina Prato**. Vierte bedeutend vermehrte, verbesserte Auflage. Gr. 8°. 688 Seiten, eleg. geb. 2 fl. — Sehr eleg. geb. in englischen Calico 2 fl. 60 Uhr.

Kaum fünf Jahre sind verlossen, seitdem die erste Auflage dieses Buches erschien, und schon ist in Folge der Anerkennung, welche dasselbe überall, wo es bekannt wurde, gefunden, und der Beliebtheit, welcher es sich bereits allgemein erfreut, die vierte Auflage nöthig geworden.

Auch diese ist wieder sorgfältig durchgesehen und vielfach vermehrt und verbessert, daher wir dieselbe allen Hausfrauen und denen, die es werden wollen, auf das Wärmste empfehlen können. — Es enthält einen wahren Schatz leichtfasslicher Recepte, welche sämmtlich die Probe glänzend bestanden, und in den Stand setzen, mit vergleichsweise geringen Kosten einen höchst schmackhaften und doch an Abwechslung reichen Tisch zu führen.

Ausführliche Inhalts-Verzeichnisse stehen auf Verlangen, gern zu Dienst, auch theilen wir das Buch denen, die es noch nicht kennen, aber lernen zu lernen wünschen, bereitwilligst zur Einsicht mit.

3. 2505.

Zu

Weihnachts-, Neujahrs-

und

Hochzeitsgeschenken

werden **Wheeler- & Wilson-Nähmaschinen**

wegen ihrer Eleganz, ihres Werthes und außerordentlicher Nützlichkeit für jede Familie denjenigen Spendern, welche in dem Geschenke Schönes mit Nützlichem zu verbinden wünschen, — anempfohlen; und ist dieß in Wien, Prag, Pest und in ganz Deutschland zur Sitte geworden.

Diesfällige Aufträge werden entgegengenommen und besorgt in der Nähanstalt am alten Markt, Nr. 18, 1. Stock rückwärts.

3. 2504.

Die zweite Abtheilung

von

Sattler's Kosmoramen

auf dem Congressplatze ist täglich von Morgens 9 Uhr bis Sonnenuntergang zu sehen.

3. 2451. (2)

Wir erlauben uns beim Herannahen der Feiertage unseren ausgezeichneten **Bouteillen-Wein**, genannt:

„**der König der steierischen Weine**“,

die große Bouteille 50 fr.,

besten feinschmeckenden

Kleinscheg'schen Champagner,

die große Bouteille 1 fl. 80 fr.,

alle Gattungen

farbige Tiroler-Bonbons

so wie

Specerei-, Eisen-, Geschmeide-

und

Nürnbergers-Baaren

zu herabgesetzten Preisen bestens zu empfehlen.

Sp. S. V. Pessiack.

Theatergasse.

